

# EIN ARMER BERICHT

---

von *Friedhelm Hengsbach SJ., Frankfurt am Main*

© Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach 2008

Dieser Text wurde der *archezeit.de* von Prof. Dr. Hengsbach persönlich zur Verfügung gestellt.

Seite 1 von 2

Der Entwurf des 3. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung ist ein Labyrinth. Wer die Kurzfassung, die Bestandsaufnahme der sozialen Lage, die Regierungsmaßnahmen und die sieben Anhänge gelesen und auf 413 Seiten den Faden nicht verloren hat, kommt zu Erkenntnissen, die beunruhigen.

Der seit 1998 kontinuierliche Anstieg der Armutsrisikoquote hat sich auch 2002-2005 fortgesetzt. Sie lag bei 13%, für Alleinerziehende bei 24%, für Migranten bei 28%, für Arbeitslose bei 46%. Kinder trifft ein überdurchschnittliches Armutsrisiko, wenn sie mit Alleinerziehenden oder mit arbeitslosen Erwachsenen zusammenleben. Die Zahl der dauerhaft Armen ist gleichfalls gestiegen. Der Abstand zwischen der Armutsrisikogrenze und der mittleren Einkommenslage derer, die arm sind, vergrößerte sich um ein Viertel. Die Zahl der Bezieher von Arbeitslosengeld II hat 2005-2007 zugenommen. Das Arbeitslosengeld II hat die früheren Empfänger der Arbeitslosenhilfe überwiegend schlechter gestellt.

2005 arbeitete mehr als ein Drittel der Vollzeitbeschäftigten im Niedriglohnbereich. Der Anteil der geringfügig Beschäftigten lag 2007 bei 12% aller Erwerbstätigen. Die Teilzeitquote stieg auf mehr als ein Viertel. Die Zahl der Leiharbeiter hat sich 2003-2007 mehr als verdoppelt. Der Anteil der Er-

werbstätigen, die für Armutslöhne arbeiten, erhöhte sich 2002-2005 von 9% auf 12%. Die Tarifbindung ging weiter zurück, sie galt 2005 für nur 59% der Beschäftigten im Westen und für nur 42% im Osten. Der Anteil der Erwerbspersonen, die über keinen beruflichen Abschluss verfügen, lag 2006 mit 14% höher als zehn Jahre zuvor.

Die Bruttolöhne und -gehälter sanken 2002-2005 real um etwa 5%. Dabei nahm die Ungleichverteilung zu. Gliedert man die Anteile der Arbeitnehmer am Bruttoeinkommen in 10 Gruppen, dann haben sich die Anteile der unteren sechs Gruppen am Gesamteinkommen verringert, während die Anteile der oberen vier Gruppen gestiegen sind. Bei den preisbereinigten Nettoäquivalenzeinkommen der privaten Haushalte zeigt sich die gleiche Tendenz: Diese sanken real um 2,5%. Die sekundäre Umverteilung durch den Staat war weniger wirksam. Die ungleiche Verteilung nahm zu. Die Anteile am gesamten Einkommen verringerten sich für die untere Hälfte der Haushalte. Für die sechste bis neunte Gruppe blieben sie fast unverändert, während sie für das oberste Zehntel wuchsen. Die Anteile der Mittelschicht an den Nettoäquivalenzeinkommen der privaten Haushalte sanken von 53% auf 50%.

Der Bericht lässt das Bemühen erkennen, die Mehrdimensionalität von Armut darzustellen. Die relative Einkommensarmut steht im Zu-

sammenhang mit der Beteiligung an der Erwerbsarbeit und der Verteilung der wirtschaftlichen Wertschöpfung. Weitere Dimensionen von Armutslagen werden als erschwerter Zugang zu Bildungsgütern, besonderes Gesundheitsrisiko, belastende Familiensituation, stigmatisiertes Wohnumfeld, Verlust sozialer Kontakte und gesellschaftliches bzw. politisches Beteiligungsdefizit erläutert. Der Bericht vermeidet es jedoch, Armut als gesellschaftlichen und politischen Ausschluss anzusprechen, dass nämlich Armut gemacht ist – nicht von den Armen selbst, sondern durch die Bevölkerungsmehrheit und durch politisches Versagen.

Aber sowohl die Kernaussagen als auch die aufgefächerte Situationsdarstellung werden mit politischer Tünche übermalt. Wahlkampferessen lenken ab von der miserablen Lage und melden politische Erfolge. Aus dem Zahlenlabyrinth werden die zweckdienlichen Daten herausgezogen.

Der Bericht bedient jenes Vorurteil, dass Armut in Deutschland bekämpfte Armut sei. Ein Gedankenpiel, wie sich die Armut in Deutschland ausbreiten würde, wenn alle Sozialtransfers wegfallen, soll suggerieren, wie gefestigt der Sozialstaat ist. Dabei haben die Regierenden ihn so deformiert, dass er Armut weder vermeidet noch beseitigt. Die Aussage, dass Deutschland im Vergleich mit anderen europä-

# EIN ARMER BERICHT

von *Friedhelm Hengsbach SJ., Frankfurt am Main*

© Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach 2008

Dieser Text wurde der archezeit.de von Prof. Dr. Hengsbach persönlich zur Verfügung gestellt.

Seite 2 von 2

ischen Staaten relativ erfolgreich die Armut bekämpfe, lenkt ab. Tschechien scheint erfolgreicher, Slowenien gleich erfolgreich zu sein. Ähnlich nichtssagend ist die Angabe, dass 10% der Einkommensteuerepflichtigen die Hälfte der Einkommensteuern aufbringen, solange nicht hinzugefügt wird, dass die Massensteuern, nämlich Mehrwert- und Verbrauchsteuern, den breiten Bevölkerungsschichten aufgebürdet werden und diese relativ stärker belasten. Dass die Armutsrisikogrenze von 938 € auf 781 € absinkt, wird im Bericht nicht mit dem Abgleiten des mittleren Einkommens erklärt, sondern mit dem Wechsel des Messverfahrens. Die 14 Seiten über den Reichtum in Deutschland sind beschämend: Die Reichtumschwelle bei einem monatlichen gewichteten Nettoäquivalenzeinkommen von 3268 € anzusetzen, ist nicht aussagekräftig. Reichtum durch eine Umfrage zu ermitteln, wie sich der aufgeweckte Zeitgenosse die wahrhaft Reichen vorstellt, hat keinen analytischen Wert. Und bloß in die öffentliche Empörung über den explosiven Anstieg der Managergehälter einzustimmen, verschleiern die strukturellen Ursachen der Einkommens- und Vermögenskonzentration im Finanzkapitalismus. Eine Einkreisung des Reichtums könnte dort ansetzen, wo eine Person allein mit den Zinsen seines Geldvermögens einen komfortablen Lebensunterhalt bestreitet. Dass der Bericht meldet, die Überschuldung armer Haushalte steige

nicht an, folgt aus der methodischen Beschränkung auf die Kreditschulden. Das Armutsrisiko von Alleinerziehenden bzw. zwei Erwachsenen mit Kindern wird wahlweise, gemäß abweichender Methode mit 24% oder 36% bzw. mit 9% oder 19% angegeben.

Als Vorspiel zum Wahlkampf klingen die Legenden, die in den Bericht eingestreut sind - dass die Agenda 2010 erfolgreich war, dass der Beschäftigungsaufschwung bei allen ankommt, dass Hartz IV den Lebensunterhalt sichert oder dass Bildung das Instrument gegen Arbeitslosigkeit und Einkommensarmut ist. Warum ein Entwurf des Arbeitsministers vorweg veröffentlicht wird, bevor das Bundeskabinett den Bericht verabschiedet hat, bleibt rätselhaft.

Wie anfechtbar die Präsentation der Daten ist, belegt etwa die "Armutsrisikoquote" des Berichts. Vor zwei Jahren wurde erklärt, die Armutsrisikoquote sei 1998-2003 von 12,1% auf 13,5% gestiegen. Bezweckt die jetzt für 2005 genannte Zahl von 13% eine Entwarnung? Die Regierung hat lediglich das Messverfahren gewechselt. Würde sie weiter die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe oder den Mikrozensus heranziehen, käme sie auf 15%. Wählte sie das sozio-ökonomische Panel, müsste die Zahl 18% lauten. Ähnlich wird die Zeitreihe einer bisher vorgelegten Vermögensverteilung unterbrochen.

Die Analyse, gemäß der 2003 der Anteil des obersten Zehntels der Haushalte auf 47% des Gesamtvermögens gestiegen ist, während der Anteil, über den die unteren Hälfte der Haushalte verfügt, bei 4% verharrt, werde nicht fortgeführt, heißt es. Aber die Methode einer integrierten Einkommens- und Vermögensanalyse ist nicht weniger anfechtbar, solange zukünftige gesetzlich veränderbare Renten- und Pensionsansprüche mit einem privat verfügbaren Geldvermögen verrechnet werden. Seltsam ist schließlich das Chaos der wechselnden Zeitreihen. Die überschaubare Veränderung der Armutsrisikoquote bezieht sich auf die Jahre 2002-2005. Der erfreuliche Rückgang der Arbeitslosigkeit wird mit den Daten von 2006 und 2007 veranschaulicht. Die Defizite der Bildungszugänge und Bildungserfolge und deren Abhängigkeit von der sozialen Herkunft werden mit Zeitreihen belegt, die in das vergangene Jahrhundert hineinreichen.

Der Entwurf des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung ist zwar wortreich geraten, aber nur wenig aufschlussreich. Um dieses Defizit zu beheben, sollte man die Redaktion eines authentischen Berichtes der Deutungshoheit der Regierenden entziehen. ■